

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

15.8.1922 (No. 188)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Reibter
E. R. f.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 135 A — Einzelnummer 2 A — Anzeigengebühr: 3 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und vorwiegend werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Zahl der Erwerbslosen ist gegenüber der Vorwoche erneut zurückgegangen. Von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit kann fast nirgends mehr gesprochen werden. Weitaus in allen Berufen mangelt es an Facharbeitern. In der Landwirtschaft wurden Arbeitskräfte in namhafter Zahl für die Erntearbeiten angefordert. Der Bedarf konnte bei weitem nicht gedeckt werden. — Steinfabrikation ist ebenfalls gesucht. Die Metall- und Maschinenindustrie wies lebhafteste Nachfrage nach tüchtigen Facharbeitern auf. Nur jüngere Maschinenführer konnten nicht restlos untergebracht werden. Die Schwabacher Uhrenindustrie ist sehr gut beschäftigt und konnte in letzter Zeit mehrfach Einstellungen vornehmen. Die Textilindustrie ist im allg. weiter recht gut beschäftigt. In den Seidenfabriken ist dagegen durch den Kurssturz der Mark eine plötzliche Störung in der Rohstoffversorgung eingetreten, so daß sie trotz großer Aufträge genötigt sind, die Arbeit zu strecken und vorläufig nur 5 Tage in der Woche zu arbeiten. In der Papierindustrie gleich sich Angebot und Nachfrage aus. Bei der Lederindustrie kam es zu örtlichen Arbeitsstörungen, hauptsächlich in der Sportartikelerei. Die Nachfrage nach Facharbeitern im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hielt unvermindert stark an. In der Tabakindustrie wurden einige Neueinstellungen vorgenommen; doch ist die Arbeitslosigkeit immer noch ziemlich groß. Im Kleidungsindustrie blieb der Mangel an tüchtigen Schneider bestehen. An Schneiderinnen und Schuhmachern bestand dagegen an manchen Orten ein Überangebot. Dem Bedarf an geschulten Bauhandwerkern konnte nicht entfernt genügt werden. Das Vertriebsleistungsgewerbe zeigte sich nicht für alle Arbeitsfindenden aufnahmefähig. Die Lage im Handelsgewerbe und im Gastwirtschaftsgewerbe blieb im allgemeinen unverändert. Desgleichen blieb der große ungedeckte Bedarf an weiblichem Dienstpersonal bestehen.

Nord und Süd.

Die Gedanken des badischen Staatspräsidenten bei der Verfassungsfeier im Reichstag.

Die von uns bereits in kurzem Auszug wiedergegebene Rede des badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel bei der Reichstagsfeier des Verfassungstages hatte lt. „B. Ztg.“ folgenden Wortlaut: Mit Gefühlen ganz besonderer Art spreche ich gerade als Badener von dieser Stelle. In verantwortungsvoller Stunde der deutschen Geschichte haben Badener hier gestanden. Der erste parlamentarische demokratische Kanzler des Reiches, Prinz Max, und auch Konstantin Fehrenbach. Heute steht an der Spitze des Reiches der Herr Staatspräsident und der Herr Reichskanzler, meine verehrten badischen Landsleute. Sie werden es verstehen, meine Damen und Herren, daß ich diese Gelegenheit benutze, dem Herrn Reichspräsidenten und dem Herrn Reichskanzler den warmen Gruß unserer badischen Heimat mitzubringen, und ich glaube, aus der Seele des badischen Volkes zu sprechen, wenn ich sage, daß wir ihrer Politik und ihren Personen das uneingeschränkte Vertrauen entgegenbringen, und daß wir in Dankbarkeit und in Treue ihrer immer gedenken. Vielleicht sind wir Badener besonders dazu berufen, über eine Verfassung zu urteilen. Unser Land hat am 22. August 1918 das hundertjährige Jubiläum seiner Landesverfassung gefeiert. Hundert Jahre Verfassungsleben liegen hinter uns. Es ist eine ganz besondere Art von staatlichem Gemeingefühl aus dieser Tradition ein Verfassungsleben bei uns entstanden. Baden hat nicht die Tradition einer standartenumrasschten Geschichte. Das Land ist vor hundert Jahren aus verschiedenen Herren Ländern zusammengekehrt worden, und die einzige Tradition, die wir besitzen, ist die Tradition dieser hundertjährigen Verfassungsinsitution. Dazu kommt das lebendige Heimatsgefühl, das den Menschen an den Boden festsetzt. Mensch und Natur sowie die Tradition der Verfassung haben bei uns das Gefühl des lebendigen Staatsinnens geschaffen. Schon um die erste Reichsverfassung der Paulskirche haben lebhafteste Kämpfe auch in der badischen Politik sich abgespielt. Hell leuchtet die zweite badische Kammer hervor aus der deutschen Parlamentsgeschichte. Aber stark und sicher ist auch unser Staatsempfinden geworden in dem Augenblick, in dem sich das deutsche Nationalgefühl in der zweiten Reichsverfassung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 manifestierte. So sind Staat und Reich bei uns gleichzeitig geworden. Das Staatsempfinden und das Reichempfinden sind gleichzeitig

erstarbt. Wir wissen, daß wir ohne das Reich nichts sind, und daß wir alles, was wir geworden sind, geworden sind mit dem Reich und durch das Reich. Und wir können uns in unserer Heimat eine nationale Gesinnung nicht denken, die nicht unlosbar verknüpft wäre mit dem Reichempfinden. Es steht uns der Gedanke der Nation, der deutschen Nation, turmhoch über unseren partikularen Bedürfnissen. Daher kommt es auch, daß wir in der Verfassung vom 11. August 1919 vor allem das großartige Gesehgebungsmerk erblickt haben, mit dem Ziele, die deutsche Reichseinheit aufrecht zu erhalten. Nur, indem wir zurückdenken, ob denn das Deutsche Reich noch leben könnte, wenn diese Verfassung nicht zustande gekommen wäre, nur dann könnten wir die nationale Bedeutung dieser Verfassung für die deutsche Zukunft erkennen.

Hier liegt auch der tiefste Grund für die Ehrfurcht, für die Liebe, mit der wir dieser Verfassung gegenüberstehen. Ich glaube, man darf auch an dieser Stunde nicht vorübergehen, ohne daß man dem Mann, der an der Wiege dieser Verfassung stand, dem Dr. Preuß, den Dank des deutschen Volkes für die Grundlagen seines Verfassungswerkes ausspricht.

Erst jetzt begreifen wir die seelischen Empfindungen der Väter, die unsere Freiheitslieder gesungen haben. Erst jetzt verstehen wir den tiefen Sinn des Liedes, mit dem heute die Reichswehr der Herrn Reichspräsidenten begrüßt hat und das durch den Aufruf des Herrn Reichspräsidenten wieder erneut das Symbol des Deutschtums geworden ist: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand!“ Und der Geist dieser neuen Reichsverfassung führt hinüber zu jenem Vaterland, von dem wir gesungen haben: „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand dir Land voll Lieb und Leben, mein heilig Vaterland.“ Die Verfassung des Deutschen Reiches die im August 1919 zur Grundlage des öffentlichen Lebens geworden ist, zeigt uns den Weg zur sozialen Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Stände auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus.

Das deutsche Volk wird es niemals mehr ertragen oder dulden können, daß diese Grundlinien der Verfassung aus ihm entfernt werden. Wer von wachsender nationaler Gesinnung getragen ist, muß wissen und seine Schlüsse daraus ziehen, daß nur ein Weg wieder zu einer deutschen Zukunft führt.

Es ist auch in der Tat eine gewaltige und ergreifende Idee, daß ein Volk selbst aus sich heraus den Willen und den Weg gesucht und gefunden hat zu einem neuen staatlichen Leben. Ist es nicht ein ergreifender Gedanke, daß alle Kräfte der Nation gleichermaßen berufen sind zur Mitarbeit am Wohle des ganzen, daß der einzelne sich nicht einem einzelnen unterzuordnen hat, sondern daß er sich nur der ganzen Nation und ihrem Willen zu unterwerfen hat. Und, indem wir an die gewaltigen wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben unserer Zeit denken, wissen wir, daß wir nur dann zur vollen Höchstleistung unserer Leistungsfähigkeit kommen, wenn wir alle Kräfte in gleicher Richtung einsehen.

Freilich werden die Menschen in dieser Welt auch stark bewegt von wirtschaftlichen Kräften, welche sich in den Geift des verfassungsmäßigen Lebens noch nicht in dem erwünschten Maße gefügt haben. So hängen Menschen der Zerlebre an, als ob es eine Wirtschaft gäbe neben dem Staat und ohne den Staat. Wir dürfen zu unserer Freude sagen, — wenn sie auch mit Bedauern über die Ursache verknüpft ist, die dazu geführt hat —, daß die letzten Wochen einen starken Eindruck auch auf die deutsche Wirtschaft gemacht haben, daß sie ihr in starken Eindrücken nahegebracht haben, wie unlosbar sie mit der politischen Entwicklung des deutschen Volkes verbunden ist. Und wenn die Wirtschaft einmal den Gedanken wirklich durchdringt hat, die Kräfte, die sie in den letzten Jahren gegen den Staat eingesetzt hat, wirtschaftlich mit ihm zu verwenden, so muß sich die deutsche Wirtschaft mit dem Geiste deutschen Verfassungslebens verbinden.

Wir wollen an unserem Teile dazu beitragen, daß sich hinter der Verfassung der Staat mit dem Geiste wohlgekannter Wirtschaftlichkeit erfüllt. Mögen sich alle Schichten des Landes, von den obersten bis zu den arbeitenden Schichten, einmal auch unter der Demokratie eines Kaiserwortes erinnern, „nulla dies sine lineal“, so wird auch wieder erwachen das Vertrauen, das wir finden müssen, wenn wir unsere Wirtschaft wieder aufbauen und den Kredit, den wir zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens notwendig haben, finden wollen.

Auch unserer Jugend sagt die neue Verfassung noch nicht genug. Leider muß unsere Jugend eine harte Jugend durchleben, möge sie aber, wenn sie von der schönsten Gabe der Jugend, der Phantasie, Gebrauch macht, wissen, daß sie nur brauchbar sein kann, wenn der Flug ihrer Phantasie vorwärts statt rückwärts gerichtet ist.

Und auch eine dritte Macht muß ihr inneres Verhältnis und ihre Einstellung zur Verfassung umstellen: die deutsche Wissenschaft. Die deutsche Republik und die deutschen Länder werden ihr Bestes aufwenden, um den hohen Flug des Geisteslebens in Deutschland zu erhalten. Mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, werden wir dafür sorgen, daß die Stätten der Forschung und der Lehre erhalten bleiben, von denen so viel deutsche Weltkultur ihren Ausgang genommen hat. Wir werden dem deutschen Geistesleben mit Duldung u. Achtung gegenübersehen, bis einmal in die Tafeln der Geschichte die Namen derjenigen eingezeichnet werden, die den Grund der neuen Zukunft Deutschlands gelegt haben.

Möge sich auch die deutsche Wirtschaft, die deutsche Jugend und das deutsche Geistesleben ihren Anteil an diesem Ruhm sichern. Nur dann werden wir unter der schwarz-rot-goldenen Flagge im Kontor, in der Wirtschaft, auf dem Bauernhof Wohlstand und Wohlbehagen finden, nur dann wird unsere Jugend in Kraft und Freiheit aufwachsen können und nur dann wird sich im Reiche das Geistes der Gedanke zu neuem Flug erheben.

Wir haben im alten Reich an einem starken inneren Gegensatz gekrankt, an dem Gegensatz zwischen dem demokratischen Geiste der Verfassung und dem reaktionären Geiste der Politik, an dem Gegensatz zwischen der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der schaffenden Stände und dem Mangel an politischem Einfluß, den sie besaßen haben. Es wäre verführerisch, den Gedanken weiter zu denken, ob nicht allein wegen dieses Gegensatzes die Entwicklung kommen mußte, die gekommen ist. Sicher wissen wir aber, daß das neue Reich einen ähnlichen Gegensatz nicht ertragen könnte; daß, wenn im neuen Reich ein starker und lang andauernder Gegensatz zwischen dem Geiste der Verfassung und der Geistesverfassung des öffentlichen Lebens herrschte, auch das neue Reich an diesem Gegensatz zugrunde gehen müßte.

Kein Augenblick ist mehr dazu angetan, uns auf diesen Gedanken hinzuführen, als der gegenwärtige, in dem schwere Wolken an dem politischen Himmel hängen. In diesem Augenblick sieht Deutschland nach Männern aus, die kräftig genug und gewillt sind, an den Aufgaben der Staatsverwaltung sich zu beteiligen. Kein Augenblick ist mehr dazu angetan, den Entschluß zu fassen zu einer Sammlung aller inneren Kräfte. Kein Augenblick ist mehr dazu angetan, uns zur Unterordnung unter das Gemeinwohl und zum Ausschluß unserer Empfindlichkeiten persönlicher Art zu veranlassen. Wäre es nicht Zeit gewesen, an dem Sarkophag des Mannes, der vor zwei Monaten aus diesem Saale getragen wurde, sich die Hände zu gemeinsamer nationaler Arbeit zu reichen?

Ein Augenblick war dies, in dem die Luft bis in die tiefsten Tiefen beleuchtet wurde. Einen Augenblick waren wir alle von dem gleichen Gedanken bewegt, von dem Gedanken, daß wir zum Schutz der beleidigten Rechtsordnung etwas Durchgreifendes unternehmen müßten. Nicht ungestraft läßt sich die Rechtsordnung auch nur an einer Stelle durchlöchern. Wenn es also um den Schutz des eigenen Lebens, um den Schutz des Eigentums zu tun ist, der muß auch dem Staat die Mittel zum Schutz seines Lebens, seiner Ehre, zum Schutz der Verfassung zuführen.

Die Welt trachtet im Augenblick in allen Zugen. Kein Augenblick ist daher auch mehr dazu angetan, in uns den Entschluß reifen zu lassen, daß wir die Grundlagen unserer auswärtigen Politik auf dem Boden des Rechtes suchen. Wir müssen entschlossen sein, auch die internationalen demokratischen Postulate der Selbstbestimmung der Völker in diesem Augenblick für uns in Anspruch zu nehmen, in diesem Augenblick, in dem wir aber auch in Deutschland hervorleuchten müssen durch innere Demokratie, durch Achtung und Stärkung der eigenen Verfassung.

Dank einsichtsvoller Verständigungsarbeit ist es in den Verhandlungen der letzten beiden Tage gelungen, die Gegensätzlichkeiten, die zwischen dem Reich und Bayern vorhanden waren, zu beseitigen. Wir danken dem Herrn Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der bayerischen Regierung. Wir danken es ihnen, weil auch wir Verständnis haben für das Bedürfnis nach einem Eigenleben der Länder. Wir freuen uns über die erfolgte Verständigung, weil sie gestattet, in diesem Augenblick für Süddeutschland auszusprechen: Wir lieben jeder sein Bayern oder sein Schwaben, sein Baden und sein Hessen, aber wir lieben Deutschland über alles, und in diesem Gedanken dienen wir alle dem deutschen Volke, ihm, seiner Zukunft, seinem Wohle. Sein Haus sei der Republik unveräußerliches Eigentum.

Die deutsche Republik, das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, sie leben hoch!

Die Mitwirkung der Schulen u. Hochschulen zum Schutze der Republik.

Der Reichsminister des Innern veröffentlicht nunmehr die Richtlinien für die Mitwirkung der Schulen und Hochschulen zum Schutze der Republik, die von ihm der Konferenz der Kultusminister am 19. Juli vorgelegt und von den anwesenden Ministern und Vertretern fast unbeschadet und einstimmig angenommen waren. Sie werden für die von den Unterrichtsverwaltungen zu treffenden Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sein. Wie die „Germ.“ hört, haben einige Unterrichtsverwaltungen schon Prüfungen im Sinne der Richtlinien vorbereitet. Eine Verfügung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, steht unmittelbar vor ihrer Veröffentlichung. Die Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

Die Mitwirkung der Schule an der inneren Festigung der Republik umfasst Maßnahmen der staatsbürgerlichen Erziehung und der Disziplin.

I. Auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Erziehung stehen die Unterrichtsverwaltungen vor folgenden Aufgaben:

1. In den Lehrbüchern der Geschichte war bisher die politisch-pädagogische Tendenz die Erziehung der Jugend für die monarchische Staatsform. Es ist notwendig, Geschichtsbücher zu schaffen, die — bei strenger Wahrung der geschichtlichen Wahrheit — diejenige Auffassung und Zusammenhänge stärker hervortreten lassen, die geeignet sind, das selbständige Verantwortungsbewusstsein des republikanischen Bürgers in seiner Stellung zu Staat und Gesellschaft zu wecken und zu erziehen. Für die Darstellung der Geschichte der letzten Jahre muß mit amtlicher Unterstützung eine angemessene Grundlage in knapper Form gegeben werden. Die Schülerbüchereien sind unter den gleichen Gesichtspunkten einer Prüfung zu unterziehen.
2. Der staatsbürgerliche Unterricht nach Art. 148 der Reichsverfassung ist, sofern es noch nicht geschehen ist, in allen Schulen lehrplanmäßig einzuführen. Brauchbare Lehrbücher sind unter Mitwirkung der Unterrichtsverwaltungen zu schaffen.
3. Die Lehrpläne für die verschiedenen Schulgattungen sind, sofern sie noch stofflich und methodisch die unter 1. genannten Tendenzen vertreten, den neuen Aufgaben staatsbürgerlicher Erziehung anzupassen und methodisch auf die Grundlage der Gemeinschaftsbildung durch das Arbeitsprinzip zu stellen.
4. Bei der Ausbildung der Lehrer ist den stofflichen und methodischen Aufgaben der staatsbürgerlichen Erziehung durch Umgestaltung der Lehrpläne der Lehrerbildungsanstalten ausreichend Raum zu geben. An den Hochschulen sind für die staatsbürgerliche Durchbildung der Akademiker die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen. Zur Fortbildung der im Amte stehenden Lehrer für den staatsbürgerlichen und geschichtlichen Unterricht sind, möglichst in Zusammenarbeit mit den Lehrverbänden, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.
5. Zur Förderung und Erleichterung der von den Unterrichtsverwaltungen der Länder durchzuführenden Maßnahmen wird beim Reichsministerium des Innern ein Ausschuss aus Vertretern der Landesbehörden, Historikern, Staatsrechtslehrern und Pädagogen gebildet, der bei der Umgestaltung und Neuschaffung von Lehrbüchern und Lehrmitteln, bei der Einrichtung von Kursen unterstützend, beratend und anregend mitwirkt.

II. Die Durchführung dieser Maßnahmen setzt einen Lehrkörper in allen Schulen, besonders auch in den Hochschulen, voraus, der sich der verantwortungsvollen Aufgabe eines Jugendberaters und der Pflichten des Beamten eines republikanischen Staatswesens in gleichem Maße bewußt ist. Der im Beamtenrecht aller Länder geltende Grundsatz, daß der Beamte das ihm übertragene Amt der Verfassung und durch sein Verhalten in und außer dem Amte sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, würdig zu zeigen hat, legt dem Lehrer ganz besondere Pflichten auf. Es genügt nicht, daß er bei Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit jede Herabsetzung der geltenden Staatsform oder der verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches oder der Länder vermeidet, sondern er hat die Jugend für die Mitarbeit am Volksstaat heranzubilden, sie zur Mitverantwortung für das Wohl des Staates zu erziehen, Staatsgewinnung zu wecken und zu pflegen.

Pflicht der Schulaufsichtsbehörden ist es, den Lehrer bei Durchführung dieser Aufgabe mit ihrer ganzen Autorität zu unterstützen, bei etwaigen Verstößen aber unmissverständlich einzuschreiten.

Anverwandelt mit dem Geiste staatsbürgerlicher Erziehung ist jede Beeinflussung der Schüler in parteipolitischem Sinne, wie überhaupt die Fernhaltung der Parteipolitik von der Schule eine Selbstverständlichkeit ist. Dazu ist notwendig, daß die Schüler von Vereinigungen ausgeschlossen bleiben, deren Absichten den staatsbürgerlichen Aufgaben der Schule zuwiderlaufen. Die Schulverwaltungen werden daher dem Vereinsleben der Schüler erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere auch geeignete Maßnahmen zur Verhinderung derartigen Vereinigungen zu ergreifen haben.

Auch das Äußere der Schule, der Wandschmuck der Klassenzimmer, die Gestaltung der Schulfeiern, hat den Anforderungen des neuen Staates Rechnung zu tragen.

Es muß der Schule gelingen, die Jugend aus der vaterländischen Not, der politischen Verwirrung und dem wirtschaftlichen Druck der Gegenwart innerlich zu befreien und sie auf Grund der hohen Überlieferung deutscher Kultur zu dem Ideal des auf Selbstverantwortung und Hingabe an die Gemeinschaft beruhenden Volksstaates zu führen.

Zur Durchführung ihrer auch in wirtschaftlicher Hinsicht grundlegenden Aufgaben bedarf die Schule der anhaltenden Förderung, und tatkräftigen Anteilnahme aller Bevölkerungskreise, insbesondere aber der nachhaltigen Unterstützung der Finanzverwaltungen, die für die Aufgaben des Wiederaufbaues unseres Volkes auf der Grundlage einer verbesserten Volksbildung ausreichende Mittel zur Verfügung stellen müssen.

Politische Neuigkeiten.

Die Antwort auf das Stundungsgesuch verschoben.

Die Reparationskommission ließ, wie aus Berlin gemeldet wird, gestern nachmittag der Kriegslastenkommission eine Note folgenden Wortlauts zugehen:

„Entgegen der in Ihrem Schreiben vom 13. Juli ds. Jahres ausgesprochenen Erwartung ist die Reparationskommission nicht in der Lage, Ihnen vor dem 15. August d. J. ihre Entscheidung auf das Memorandum vom 12. Juli mitzuteilen.“

Wir werden Sie unverzüglich davon in Kenntnis setzen und gleichzeitig Bestimmung über die Frage der Fälligkeit am 15. August treffen, welche bis zu dieser Entscheidung in der Schwebe bleibt.

Paris, 14. Aug. 1922. gez. Dubois, gez. Brabburg.“

Die Reichsregierung hielt gestern nachmittag 5 Uhr eine Sitzung ab. Die Sitzung galt der Erledigung laufender Geschäfte. Es ist anzunehmen, daß im Verlauf der Besprechungen auch die Note der Reparationskommission erörtert wurde. Die Sitzung dauerte bis halb 8 Uhr abends.

Zusammenbruch der Londoner Konferenz?

Aus London meldet Reuters unterm 14.: Die Konferenz ist an der Reparationsfrage gescheitert. Die Vollkonferenz verhandelt jetzt über die Lage Österreichs.

Das W. L. A. berichtet dazu aus London: Der Zusammenbruch der Konferenz in der Reparationsfrage wird in der Abendpresse ausführlich erörtert. Die Blätter betonen, daß die Haltung Poincarés in der Frage der Alliiertenkontrolle über die deutschen Forsten und Bergwerke zum Bruch geführt habe. Lloyd George habe mit Unterstützung nicht nur der britischen Minister, sondern auch der übrigen alliierten Staatsmänner einen äußersten Versuch unternommen, um zu einem Einvernehmen zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Poincaré habe sich unausgeglichen gezeigt. Der Abbruch der Konferenz sei die erste Gefährdung der Entente anzusehen, insbesondere in Anbetracht der Feindseligkeit und Bitterkeit der französischen Presse bei der Erörterung der britischen Haltung gegenüber dem französischen Plan. Lloyd George sei äußerlich enttäuscht über die Wendung, die die Ereignisse genommen haben. Er habe stets die Schwierigkeit der Stellung des französischen Premierministers eingesehen und habe auf alle Arten versucht, zu einem Kompromiß zu gelangen, der für die Alliierten annehmbar gewesen wäre und zu gleicher Zeit Poincarés Stellung nicht gefährdet hätte.

Havas drabtet amtlich aus London, Mittwoch vormittag werde der französische Ministerrat in Paris zusammentreten, um die durch das negative Ergebnis der Londoner Beratung geschaffene Lage zu prüfen. Poincaré werde den französischen Vertreter, Dubois, erneut anweisen, sich gegen ein Moratorium auszusprechen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die belgische Regierung ihrem Vertreter ähnliche Weisung erteile. Wenn dann die englischen und französischen Delegierten für das Moratorium eintreten, würden die Stimmen in der Kommission zu gleichen Teilen gespalten sein. Da sich in der Reparationskommission der Brauch eingebürgert habe, die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend zu betrachten, würde die Stimme Dubois als Vorsitzender der Kommission einen Beschluß zugunsten der Aufrechterhaltung der durch die frühere Entscheidung vom 13. März d. J. bestimmten deutschen Zahlungsverpflichtungen herbeizuführen. Wenn dagegen Deutschland das Moratorium ohne Zustimmung der französischen Regierung genehmigt würde, hätte die französische Regierung die von ihr für notwendig erachteten Maßnahmen bereits ins Auge gefaßt. Poincaré sei an diesem Punkt durch keinen Beschluß der Konferenz gebunden und die französische Regierung bewahre sich ihre volle Handlungsfreiheit. Selbst wenn die Stimme des Vorsitzenden nicht ausschlaggebend wäre, würde, auch wenn die übrigen Vertreter für das Moratorium eintreten, eine Aberbestimmung des belgischen Votums in der Reparationskommission juristisch die Ablehnung des Moratoriums bedeuten, da die erforderliche Mehrheit dann nicht zustande käme.

Von ihrem Sonderberichterstatter aus London erzählt Havas weiter, daß bei der Zusammenkunft, die gestern vormittag in der Downingstreet stattgefunden hat, Lloyd George, Poincaré, Theunis, Scharzer und der japanische Vertreter Baron Saphi, anwesend waren. Die Chefs der großen alliierten Delegationen hatten über die Möglichkeiten beraten, einen gemeinsamen Beschluß über das deutsche Verlangen nach einem Moratorium zu fassen. Die Chefs der Delegationen unterhielten sich darüber, ob die Entscheidung auf drei Monate auszuschieben, oder ob Deutschland schon jetzt ein Moratorium zu bewilligen sei. Poincaré hat sich formell der Bewilligung eines Moratoriums ohne Fänger widersetzt. Es konnte also kein Einverständnis erzielt werden. Die Delegierten haben sich getrennt mit der Erklärung, sie wollten noch einmal über die Lage nachdenken.

In einem Pariser Bericht der „B. Pr.“ von heute heißt es noch: Die Londoner Konferenz ist zu Ende, obgleich die offizielle Bekräftigung, die gestern abend 5 Uhr nach dem englischen Kabinettsrat einberufen wurde, keine formelle Erklärung über einen Bruch der Entente abgegeben hat. Die Konferenz liegt ganz einfach auf der Grundlage der resultierenden Kommitteescheidung von gestern, nachdem Theunis und Saphar nach dem Frühstück einen letzten vergeblichen Vermittlungsversuch unternommen hätten.

Die Abendstimmung hat sich anscheinend mit der Stundungsfrage und der englisch-französischen Haltung in der Reparationsfrage im allgemeinen überhaupt nicht mehr befaßt und unabhängig davon zwei wichtige Entschlüsse getroffen, nämlich daß Deutschland die nächste Zahlung von 50 Millionen Goldmark an die Ausgleichskammer voll zu zahlen habe, einen Entschluß, der nach der französischen Presse einstimmig gefaßt worden wäre. Zweitens wurde das Kreditgesuch der österreichischen Regierung zugesagt ohne Debatte und ebenfalls einstimmig dem Völkerverbund überwiesen.

Ministerpräsident Poincaré wird nach dem üblichen Besuch beim Grafen des unbekanntem Soldaten heute um 11 Uhr von London abreisen und mit der französischen Abordnung abends in Paris eintreffen, nachdem die Konferenz, wie sich die Blätter auszudrücken liebten, nach diesem vergeblichen Einigungsversuch geschlossen wurde und Poincaré erklärt hatte, er nehme für Frankreich volle Handlungsfreiheit in Anspruch. Am Mittwoch moegen wird Poincaré dem Ministerrat über die Londoner Verhandlungen berichten und die neuen Instruktionen an den Delegierten in der Reparationskommission festlegen. Der Ministerpräsident hat sich zwar geweigert, sich irgendwie über seine zukünftige Handlungsweise zu äußern, bevor er sich mit seinen Regierungskollegen darüber besprochen habe, es wird aber bereits in einer anscheinend offiziellen Note angefügt, daß Herr Dubois neuerlich Weisungen erhalten hat, sich jeder Stundung an Deutschland zu widersetzen, was nach der Haltung Poincarés in London und dem resultierenden Verlauf der Konferenz unausweichlich war. Man rechnet damit, daß die Reparationskommission schon am Mittwoch zur Beratung der Stundung zusammentreten wird.

Von dem Ausgang dieser Verhandlungen lassen sich drei Möglichkeiten voraussagen:

1. die Kommission gewähre mit Mehrheitsbeschluß auf Grund ihrer Rechte aus dem Friedensvertrag Deutschland die

verlangte Stundung, dann wird Frankreich, wie es vor- aus erklärt hat, seine volle Unabhängigkeit in der Reparationsfrage einnehmen;

2. die Kommission trifft infolge Stimmengleichheit (England und Italien einerseits, Frankreich und Belgien andererseits) keine Entscheidung;

3. es gelingt Frankreich die Unterstützung Belgiens zu erhalten und geltend zu machen, daß auf Grund der Präsidentschaft des französischen Delegierten Dubois seine Stimme überwiege, um Deutschland zur weiteren Zahlung der jetzt festgesetzten Summe zu veranlassen.

Für die letzte Lösung wird natürlich von der französischen Presse ganz besonders Stimmung gemacht. Man hofft, daß man den belgischen Delegierten dazu bringen kann, Frankreich in seiner Haltung zu unterstützen.

Dem gleichen Blatte zufolge hatte Ministerpräsident Poincaré gestern nachmittag, nachdem sich eine Einigung mit England als unmöglich erwiesen hatte, die Presse zusammenberufen und hier in ausführlichen Erklärungen eine Rechtfertigung seines Standpunktes abgegeben. Er betonte selbstverständlich, daß Deutschland eine Politik verfolge, die es zur systematischen Zahlungsunfähigkeit führe. Er führte ferner aus, daß die Note Balfours ihn daran gehindert habe, in London seinen Reparationsplan vorzutragen und fügte hinzu, daß er auch gestern vormittag noch bereit gewesen wäre, diesen Plan zu unterbreiten, wenn er nicht durch die Initiative der englischen Regierung, Deutschland ein Moratorium zu gewähren, daran verhindert worden wäre. Die englische Regierung habe ihr mit ihrer Initiative vor eine vollkommene Fatale gestellt und ihm als Gegenleistung für das Moratorium nur die Prozentige Abgabe auf die deutsche Ausfuhr und die Abführung der Zölle an die Garantiekommision angeboten.

Mit diesem Angebot habe er sich, Poincaré, nicht zufrieden geben können, weil, wie er sagte, das eine Maßnahme sei, die schon im letzten Jahr beschlossen wurde, die ihm aber keine neuen Pfänder böte. Poincaré betonte, daß trotz allem, was Lloyd George ausgeführt habe, Deutschland zahlen könne. In der Reichsbank lägen 1 Milliarde Mark. Man könnte 150 Millionen Mark von Deutschland bekommen, ohne dadurch die Entwertung der Mark weiterzutreiben. Der Markfuß in Deutschland hänge mit ganz anderen Dingen zusammen. Poincaré führte weiter aus, daß schon der Entscheidung, Deutschland müsse die 50 Millionen Goldmark an die Ausgleichskammer voll bezahlen, ein genügender Beweis dafür sei, daß man Deutschland für zahlungsfähig gehalten hat. „Mit einem ganz kurzfristigen Moratorium konnte ich mich nicht einverstanden erklären“, sagte der Ministerpräsident, „weil uns dieser Vorschlag in Wirklichkeit keine Sicherheiten geboten hätte. Wir haben uns also, in sehr freundschaftlicher Weise getrennt, aber auch für die französische Regierung das Recht in Anspruch genommen, in voller Souveränität über die Frage zu verhandeln, die diese Uneinigkeit gezeitigt hat. Man hat mir gesagt, daß das Ergebnis der Londoner Verhandlungen einem Bruch der Entente gleich käme. Darauf habe ich aber erwidert, ich könnte das nicht glauben und würde meinerseits alles daran setzen, dieses zu verhindern. Der Bruch zwischen Frankreich und England wäre allerdings ein großes Unglück, aber die französische Öffentlichkeit könne sich nicht fortwährend mit neuen Konfessionen einverstanden erklären und ich habe vorgezogen, auf meiner Stellungnahme zu beharren und nicht ein Protokoll zu unterzeichnen, das auf diesen Weg führt.“

Poincaré führte weiter aus, daß er den Vorschlag Lloyd Georges, den Vorschlag, die Entscheidung über die neuen von Deutschland zu verlangenden Garantien dem Völkerverbund zu überlassen, nicht habe annehmen können, da es unmöglich sei, diesen strittigen Punkt einem Schiedsgericht zu übertragen, in das, wie England verlangt habe, demnachst auch Deutschland aufgenommen werden soll. Außerdem verlange der Artikel 10 der englischen Vorschläge, die kommenden deutschen Zahlungen nicht früher einzustellen, als der Ertrag der Prozentigen Ausfuhrabgabe die Zustimmung Frankreichs erlangt habe, was er, Poincaré, nicht zugeben könne, da, wenn man von vornherein die deutschen Zahlungen einschränke, man auf diese Weise das Urteil der Reparationskommission beeinflusse.

Weltkongreß der Sozialisten und Gewerkschaften.

Das Präsidium der zweiten Internationale, das in Prag unter dem Vorsitz von Herberich über die Einberufung des nächsten Weltkongresses der sozialistischen Arbeiterchaft verhandelt hat, beschloß, daß im Hinblick darauf, daß in der nächsten Zeit in Deutschland eine Vereinigung der in den beiden sozialistischen Parteien organisierten Arbeiterchaft stattfinden wird, und auf die im Oktober in Paris geplante Konferenz der Gewerkschaftsinternationale (Londoner, Wiener und Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale) die Konferenz der zweiten Internationale, die anfangs Oktober in Hamburg stattfinden sollte, verlegt wird, damit in nächster Zeit ein Weltkongreß auf breiterer Grundlage durch Hinzuziehung der drei genannten Internationales einberufen werden kann.

Auf der Konferenz wurde beschlossen, mit der kommunistischen Partei in keiner Weise zu verhandeln, nachdem diese Partei durch ihr ganzes Verhalten sich außerhalb des Sozialismus gestellt habe. Weiter wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, darunter in erster Linie ein Protest des internationalen Sozialistenbureaus gegen die Moskauer Artikel. In einer Resolution wird erklärt, daß die durch die Regierungen der Bourgeoisie geschaffene Lage sich immer kritischer gestalte. Die angeführten sozialistischen Parteien werden aufgefordert, die Aktion zur Unterstützung der Frankfurter Beschlüsse fortzusetzen. Die Konferenz begünstigt die Bildung einer Kommission zur Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. In einer anderen Entschließung wird erklärt, daß der Kampf der italienischen Sozialisten gegen die brutale faschistische Vergewaltigung eine gemeinsame Sache der internationalen Proletariats sei.

Reichswehr gegen Schupo in Hannover.

Aus Hannover berichtet die „Böf. Bl.“ vom 11. August: Das Zentrum Hannovers war gestern abend der Schupo-Platz fordauernder Zusammenstöße zwischen der Schupo und den in der Stadt befindlichen Reichswahrsoldaten, Zivilpersonen und Straßennob. Ein Schupojäger, welcher vor einem Café an der Kreuzung der beiden Hauptstraßen, wo das Maßfahren verboten ist, einen redelichen Reichswehrangehörigen anhalten wollte, forderte ihn auf, abzusteigen. Der Soldat fuhr jedoch weiter. Ein zweiter Reichswehrangehöriger mischte sich ein und bedrohte den Schupojäger. Als dieser ihn fästieren wollte, griff das Publikum ein und der Wehrmann konnte entfliehen. In dem Glauben aber, daß er zur Wache gebracht sei, weil zu derselben Zeit andere Festnahmen erfolgt waren, rottete sich eine Menschenmenge von Hunderte von Köpfen vor der Bahnhofswache zusammen und verlangte den gar nicht verhafteten Mann heraus. Unter der Menge befand sich auch eine Anzahl herbeigerufener Reichswehrangehöriger, die erregte Reden führten und auch zum Teil blank zogen. Infolge dieser wilden Gerüchte von angeblichen weiteren Festnahmen und von dem Anrüden einer Schwadron Ulanen, stieg die Erregung der

Wenige noch weiter, doch erzielten sich keine weiteren Verbesserungen. Die Schupo war in Alarmbereitschaft. Erst nach Mitternacht zerstreute sich die Menge.

Das Verhältnis von Reichswehr und Schupo war schon längere Zeit in Hannover gespannt, doch wird dem Zwischenfall eine besondere Bedeutung nicht beigemessen.

Das Reichswehrministerium hat sofort nach Bekanntwerden der Nachricht über die Vorkommnisse eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis noch aussteht.

Die neue Gebührenordnung der Reichspost

Aus Berlin wird berichtet:

Infolge der Neuregelung der Gehälter und Löhne der Beamten bezw. Staatsarbeiter, hat sich das Reichspostministerium bereits Mitte Juli veranlaßt gesehen, für den ersten Oktober eine neue Gebührenordnung vorzunehmen. Inzwischen ist eine weitere Erhöhung des allgemeinen Teuerungsaufschlags um 55 Prozent und vom 1. August ab eine solche um 80 Prozent bewilligt worden. Durch diese neuen Ausgaben wird der Posthaushalt jährlich um weitere 9,5 Milliarden Mark belastet, für die keine Deckung vorhanden ist. Deshalb hat sich das Reichspostministerium veranlaßt gesehen, die bisher geplante Gebührenordnung fallen zu lassen und eine weitergehende Gebührenordnung auszuarbeiten, die den Teuerungserhältnissen Rechnung trägt und wirtschaftlich eine Steigerung um fast 50 Prozent der bestehenden Gebühren vorsieht.

Danach soll ab 1. Oktober der Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm 1,50 M., über 20 bis 100 Gr. 4 M., über 100 bis 200 Gr. 6 M., über 20 bis 100 Gr. 7 M., über 100 bis 250 Gramm 8 M.

Für Postkarten ist im Ortsverkehr eine Gebühr von 1 M., im Fernverkehr von 4 M. vorgesehen.

Für Pakete bis zu 5 Kilogramm kommen 12 M. Portoosten in der Postkasse in Frage. Für die Fernpakete betragen die Portoosten bis 5 Kilogramm 24 M.

Die Sätze für Versicherungsgebühren bei Wertbriefen für je 1000 M. sind auf 2,50 M., bei Wertpaketen für 100 M. auf 3 M. erhöht. Als Mindestgebühr für beratende Sendungen sind 4 M. in Aussicht genommen.

Kostanweisungen bis zu 100 M. kosten 4 M., über 100 M. bis 250 M. 5 M., über 250 M. bis 1000 M. 7 M. usw.

Die Erhöhung der Kostanweisungsgebühren wird auch eine entsprechende Erhöhung der Gebühren für Zahlkarten mit sich bringen.

Im Fernverkehr soll die Portogebühr auf 3 M., im Fernsprechverkehr der Zuschlag zu den geschickten und veranordnungsartigen Fernsprechgebühren auf 400 v. S. festgesetzt werden.

Zur Beratung der neuen Gebührenordnung hat der Reichspostminister den Verkehrsbeirat für Montag, 4. September einberufen.

Deutschnationale „Spässe“

Eine heftige Reibe ist augenblicklich zwischen Deutschen Volkspartei und Deutschnationalen in Württemberg im Gange. Der Führer der württembergischen Deutschnationalen Landgerichtsrat Dr. Kirchgess, wählte sich von dem Vorsitzenden der württembergischen Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Wides, „unanständige Kampfmittel“ nachsagen lassen, weil Kirchgess geäußert hat:

„Die Parteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) kommen so lange nicht zusammen, als Dr. Stresemann Führer der Deutschen Volkspartei ist. Der ist schuld an allem, der Keil geht an den nächsten Laterneposten aufhängt.“

Landgerichtsrat Dr. Kirchgess versuchte diese Äußerung als scherzhaft hinzustellen und berief sich auf den württembergischen Volksparteilichen Abgeordneten Hofmann. Aber Hofmann verpönte nicht die geringste Lust, ihm beizupringen. Im „Iller Tagblatt“ nimmt er zu der Angelegenheit Stellung und schreibt: „Herrn Dr. Kirchgess ist an jenem Abend der Gaul durchgegangen, und er hat das mit den Worten zum Ausdruck gebracht, was er wohl schon lange in seinem Herzen getragen hat. Die Behauptung, er habe die Äußerung sprachhaft getan, überlasse ich der Beurteilung der breiten Öffentlichkeit. Derartige Äußerungen von so weittragender Bedeutung eignen sich nicht für „Spässe“, um so weniger, wenn sie aus dem Munde eines Mannes kommen, der Anspruch auf ein gewisses Maß von Bildung erhebt.“

Die Notlage der Kriegsbeschädigten

Der Reichstag hat durch die Verabschiedung des Teuerungszuschlaggesetzes für Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide den Versuch gemacht, die völlig unzureichenden Renten eines Teiles der Kriegsopfer aufzubessern. Die rapide Verminderung der deutschen Mark hat diese Absicht jedoch schon kaum nach dem Inkrafttreten des Gesetzes durchkreuzt. Die Arbeitsgemeinschaft der Kriegsopferverbände (mit Ausnahme des Reichskriegsopferbundes Kaffhäuser), der alle Organisationen der Versorgungsberechtigten angehören, sah sich deshalb veranlaßt, sofort eine Ausrede mit den maßgebenden Stellen des Reichsarbeitsministeriums herbeizuführen. Die Vespredung fand in der letzten Woche unter Leitung des Staatssekretärs Dr. Gehl statt. Sie hatte das Ergebnis, daß bereits für September eine wesentliche Erhöhung der Teuerungszuschläge in Aussicht gestellt wurde. Die von der Arbeitsgemeinschaft geforderte allgemeine Erhöhung der Renten für alle Versorgungsberechtigten wurde abgelehnt. Ebenso konnte das Reichsarbeitsministerium über den Inhalt der für den Herbst in Aussicht gestellten Gesetzesentwürfe noch keine Auskunft erteilen, jedoch sollen die Organisationen rechtzeitig zu den Beratungen angezogen werden.

Badische Uebersicht.

Die Brotpreiserhöhung.

In den Verhandlungen des Reichstages über das Umlagegesetz ist bereits dargelegt worden, daß mit Beginn des neuen Getreidewirtschaftsjahres, also um die Mitte August, eine Erhöhung des Brotpreises eintreten werde. Diese Erhöhung ist seit in den Kommunalverbänden durchweg angekündigt worden. Da es sich um eine beträchtliche Erhöhung handelt, so scheint eine Darlegung der Verhältnisse, welche die Erhöhung erforderlich machen, angezielt.

Die Höhe des Brotpreises ist — abgesehen von den nicht unbedeutenden Löhnen, welche den Kommunalverbänden durch ihre eigene Verwaltung, den gesteigerten Ausgaben für Baden usw. mitfließen — in der Hauptsache abhängig von dem Preise, zu welchem die Reichsgetreidestelle das Getreide an die Kommunalverbände abgibt. Dieser Abgabepreis, der seit Februar eine Anhebung nicht erfahren und im Durchschnitt für die verschiedenen Getreidearten 5462 M. betragen hat, ist jetzt auf 11 000 M. erhöht (10 800 M. für Roggen und 11 300 M. für Weizen), also reichlich verdoppelt worden. Die Erhöhung hat

vorgenommen werden müssen, weil die Preise für das in die öffentliche Hand gelangende Getreide, für inländisches Umlagegetreide und für das aus dem Auslande eingeführte Getreide stark gestiegen sind. Die Preise für das inländische Umlagegetreide betragen im vergangenen Jahre für Roggen 2100 Mark, für Weizen 2300 Mark; sie sind jetzt erhöht worden auf 6900 Mark für Roggen und 7400 Mark für Weizen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahre, die ihren Grund in der allgemeinen Preissteigerung und damit den gesteigerten Kosten der Produktion findet, ist also beträchtlich, bleibt aber weit zurück hinter den Preisen auf dem freien Markt oder gar auf dem Weltmarkt. Als im Vorjahr der Preis des Umlagegetreides mit 2100 Mark bzw. 2300 Mark in Kraft trat (Mitte August), betrug der Preis im freien Handel, der damals zum ersten Mal wieder einsetzte, 3400 Mark für Roggen und 4800 Mark für Weizen, um nach einiger Zeit beträchtlich zu steigen. Der Dollar stand zu jener Zeit circa 70. Bei der Festsetzung der Preise für dieses Jahr, im Juni, betrug der freie Marktpreis für inländisches Roggen etwa 18 000 Mark, für Weizen ungefähr 18 000 Mark und der Dollar stand etwa 400. Der Preis für ausländisches Weizen lag noch höher. Mittlerweile sind die Preise noch stark gestiegen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß der Mißpreis, der für Abgaben der Reichsgetreidestelle an die Kommunalverbände errechnet werden muß, eine sehr beträchtliche Erhöhung erfahren mußte. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß in dem Abgabepreis von 11 000 Mark die Umlage enthalten ist, ferner, daß die Reichsgetreidestelle das Getreide schrotfrei liefert, und daß die Frachtkasse seit Februar mehrmals beträchtlich erhöht worden sind. Die Erhöhung gegenüber den im Februar festgesetzten und bis jetzt durchgehaltenen Abgabepreisen von 5462 Mark ist mithin über das unumgängliche Notwendige nicht hinausgegangen. Daß der Abgabepreis noch auf circa 11 000 Mark gehalten werden kann, ist der Umlage zuzurechnen, die es einmal ermöglicht, die Preissteigerung in mäßigen Grenzen, und ferner den Abgabepreis wenigstens für einen gewissen Zeitraum auf gleicher Höhe zu halten, um damit das Vor den drohenden Schwankungen der täglichen Marktpreise zu entziehen.

Apotheker-Tagung.

DZ. Kürzlich fand in Karlsruhe die Landesversammlung der Bezirksvereine des Verbandes Deutscher Apotheker statt. Es wurde dabei auf die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten der Personalangelegenheiten hingewiesen. Eine einstimmig angenommene Entschließung verurteilt die Niederlassungsfreiheit auch in beschränkter Form und erblickt im Falle eines Scheiterns der Personalangelegenheiten eine zweckmäßige Lösung der Apothekereisen nur in der Verstaatlichung der Apotheken. Unabhängig von der Bearbeitung des neuen Reichsapothekengesetzes betrachtet die Bezirksvereine die sofortige Schaffung einer Gehaltsklasse und Hinterbliebenenversorgung als das dringendste Gebot der Stunde. Die Landesversammlung erklärte sich weiter für die Umwandlung des Verbandes in eine zunächst selbständige Gewerkschaft. Der bisherige Vorsitzende, Herr Bornert-Freiburg, wie auch die übrigen Vorstandsmitglieder, wurden einstimmig wiedergewählt. Am 3. und 4. September findet in Hamburg die Hauptversammlung des deutschen Apothekerverbandes statt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Berkehrssperren.

Gesperrt ist Annahme von Stückgut und Wagenladungen nach Remscheid, mit Ausnahme von Kohlen, leichtverderblichen Lebensmitteln und Ladungen für Anschlüsse.

DZ. Mannheim, 14. Aug. Ab 16. August stellen sich die Preise für marktschlüssiges Brot wie folgt: Großer Laib (1500 Gramm) 24 M., kleiner Laib (750 Gramm) 12 M., Kleinbrot (100 Gramm) 1,70 M. Das Fund Weizenbrotmehl (80prozentige Ausmahlung) kostet 8,70 M. Die Erhöhung ist notwendig geworden, einmal, weil an die Landwirte für das abgelieferte Umlagegetreide über das Dreifache bezahlt werden muß, gegenüber dem Vorjahre, zum anderen, weil sich der Einhandpreis infolge der Marktenverteilung um ein Vielfaches erhöht hat, und zum dritten, weil Zuzuführung zur Verbilligung des Brotpreises seitens des Reiches wegen des Empfindens der Entente nicht mehr gewährt werden können.

Mannheim, 15. Aug. Während außerordentlich heftiger Gewitter, die sich seit gestern abend mit wolkenbruchartigen Regengüssen über das ganze Oberrheingebiet entluden, schlug der Blitz etwa um halb 2 Uhr in das Werk der Firma Heinrich Lang ein. Es brannte die an die Redaxauer Straße gelegene, geräumige, etwa 100 Meter große Halle, in der die Lackiererei mit Ölen und Farbstoffen untergebracht war, um den fertigen Fabrikaten den letzten Anstrich vor dem Versand zu geben. Einige Hochbäume wurden zwar von dem Brand ergriffen, doch konnte der Brand auf seinen Herd beschränkt werden, obwohl die Alarmierung der Feuerwehren wegen der durch das Gewitter gestörten Telefonleitungen mit Schwierigkeiten und Verzögerungen verknüpft war. Der Schaden beläuft sich auf sechs Millionen Mark.

Aus der Landeshauptstadt.

Sommeroperette im Städt. Konzerthaus.

„Die tolle Komtesse“

* Eine „Operette“ nach landläufigen Begriffen ist auch dieses letzte Mißgeschick nicht, mit dem uns die Direktion Steffler bekannt machte. Etwas ein Mißgeschick von Kassenreiterei und abgeleiteter Situationskomik im Geschnad des anspruchsvollsten Vereinstheaterpublikums, bietet das Stück auch musikalisch nichts.

„Ist du verlobt mit Balduin, Mit Balduin, mit Balduin, Beträgt auf jeden Fall du ihn Den Balduin, den Balduin.“

So lautet der Refrain einer der Gesangsnummern des Werkes. Sein Abdruck macht weitere kritische Betrachtungen überflüssig. Der Text stammt von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer, die Musik von Walter Kolla; man wird gut tun, bei den drei sonst nicht unbekannt Namen fünfzig in die schöne Wendung „Balduin — Fall du ihn“ denken und sich demgemäß als gewarnt zu betrachten.

Auch über die Aufführung ist wenig zu sagen. Fräulein Steffler gab die Titelrolle nett, temperamentvoll und mit Gewandtheit; auch ihre Stimme klang nicht übel, wenn sie auch nicht gerade umfangreich und weittragend ist. In Kurt Schütt hatte sie einen flotten, sympathischen Partner. Von den übrigen Mitwirkenden brachten nur Mary Doré und Karl Kochell etwas Leben in die Aufführung. Das überige war größtenteils unzulänglich, namentlich auch der Chor, dessen Mitglieder — es waren ihrer weniger — bis auf einen Häglichen Rest zusammen mit Fräulein Janowitz (mit der eigentlich das ganze Ensemble stand und fiel!) von der Bildfläche verschwunden zu sein schienen.

Aus der Stadtratssitzung vom 10. August.

Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1922. Der Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1922 wird nach dem Stand vom Mai festgesetzt. Der Voranschlag für die Stadthauptkasse schließt ab mit einem Gesamtaufwand von 286 190 873 M. gegen 107 900 000 M. des Vorjahres. Durch Wirtschaftseinnahmen und die Anteile der Stadt an der Reichseinkommensteuer nebst Zuschüssen des Reichs zur Beamtenbesoldung sind von diesem Aufwand gedeckt 202 334 173 Mark, so daß durch Gemeindesteuern aufzubringen sind 83 856 700 Mark. Zur Deckung dieses Betrags wird auf Grund des Rotgesetzes vom 27. Juli 1922 von den für das Jahr 1920 beantragten Steuerwerten des Liegenschafts- und Betriebsvermögens eine vorläufige Steuer erhoben. Sie beträgt 10 M. von je 100 M. Steuerwert. Die auf Grund der §§ 12 Absatz 2 und 53 des Grund- und Gewerbebesteuerungsgesetzes für 1922 bereits erhobene Gemeindesteuer wird auf diese vorläufige Steuer angerechnet. Die Berechnung und Erhebung der endgültigen Steuer ist erst möglich, wenn die neue Einschätzung nach dem neuen Grund- und Gewerbebesteuerungsgesetz vorliegt. Die Beratung des Voranschlags im Bürgerausschuß wird voraussichtlich am 12. September beginnen.

Hungereros in Rußland. Der Reichsausschuß für die hungernden Rußlanddeutschen „Brüder in Not“ wird ein Betrag von 15 000 Mark zur Linderung der Not in der Schwefelberggemeinde Neu-Karlsruhe (Schwarze-Meer-Gebiet) zur Verfügung gestellt.

Tuberkulosefürsorge. Die Stelle des ärztlichen Leiters der Beratungs- und Fürsorgestelle für Tuberkulose wird dem Stadtarzt Dr. Oswald Geßler in Höchst a. M. übertragen.

Änderung der Linienführung der elektrischen Straßenbahn. Mit Rücksicht auf die geringe Belegung der Wagen der Linie 5 von der Ecke Reichstraße bis Beierheim hinein, wird die regelmäßige Befahrung dieser Strecke eingestellt. Es werden aber in den Stunden zu Beginn und Ende der Arbeitszeit Einbahnwagen von und nach Beierheim verkehren. Außerdem geht die Linie 6 ein. Ihren Dienst übernimmt die Linie 5, die von der Reichstraße über die Karlstraße u. Mathystraße nach dem Röhlen Krug verlängert wird und die Strecke im 7½-Minutenverkehr (statt im 10-Minutenverkehr der Linie 6) befahren wird.

Karlsruher Herbstwoche 1922.

Als Auftakt der besonderen Veranstaltungen des Badischen Landestheaters anlässlich der Herbstwoche findet am Sonntag, den 17. September, auf der Bühne eine musikalische Morgenfeier statt. Die Vorbereitungen hierfür liegen in der Hand des Herrn Konzertmeisters Ottomar Roigt. Zur Aufführung gelangt ein sorgsam gewähltes Programm, zunächst wird ein neues Streichquartett des erfolgreichen jungen Karlsruher Komponisten Artur Kusterer durch das Karlsruher Streichquartett zur Aufführung gebracht, es folgt ein Niederzyklus der bekannten einheimischen Komponistin Margarete Schwaner, den Herr Opernsänger Wilhelm Guntzig zu Gehör bringen wird. Den Abschluß bildet ein in Karlsruhe noch völlig unbekanntes Streichquartett eines badischen Komponisten: Heinrich Kaminski, dessen Name von der ersten Karlsruher Herbstwoche durch ein sinfonisches Werk in guter Erinnerung steht. Bei der Auswahl des Programms wurde darauf Wert gelegt, daß nur Werke von berufstätigen, ersten badischen Musikern, die in Karlsruhe noch nicht aufgeführt sind, zur Aufführung gelangen, und daß die Gesamtdauer so beschränkt wird, daß die Aufnahmefähigkeit der Hörer nicht überlastet wird.

Freiwillige Feuerwehr.

Die Vorbereitungen zur Feier des 75jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr sind im Gange; in den nächsten Tagen gehen die Programme ins Land hinaus, da die einzelnen Veranstaltungen nun endgültig festgelegt sind. Eine für die Feuerwehren besonders interessante Veranstaltung dürfte die Übung sein, die weit über den Rahmen der alljährlich bei den Feuerwehren zu sehenden Übungen hinausgehen wird. Die allwöchentlich Donnerstags abends beim Steighaus am Engländerplätzchen stattfindenden zusammengekommenen Einzelübungen der Feuerwache, sowie der 4 Kompanien und der Bahnhoffeuerwehr bieten bereits ein schönes Bild: 2 Automobilspritzen, 1 Dampfspritze, 3 Druckspritzen nebst den dazu gehörigen Bewegen, 8 Maschinenleitern, 18 Hakenleitern, sowie die Wasser-mannschaften aller 5 Kompanien mit ihren Gerätschaften, sind im Rechte aufgestellt und üben im einzelnen an den Geräten auch der Aufmarsch zu den Geräten wird einheitlich geübt, wie überhaupt die ganze Übung großzügig angelegt und durchdacht ist. Wenn nun von den Mannschaften auf die Veranstaltung hin etwas mehr verlangt wird, wie sonst üblich, so bringen dieselben das Opfer gerne, denn der gute Besuch der Übungen liefert den Beweis, daß auch die Mannschaften ganz bei der Sache sind. Die gründliche Unterweisung der einzelnen Abteilungen in der Handhabung der Gerätschaften ist für die Kompanien selbst von großem Vorteil, denn Übung macht den Meister. An diese Schulübungen bei der Feier selbst schließt sich dann am Schluß eine große Hauptübung an, bei welcher die bei den Schulübungen erworbenen Handgriffe an den einzelnen Gerätschaften zur Veranschaulichung kommen.

Freie Aussprache.

Wie werbeständlich unter dieser, von mirigen redaktionellen Zeit abgrenzten Mittel beschränkter Darlegungen und Anregungen aus allen Parteien, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

Wir und der Krieg.

Von Friedrich Munding-Konstanz.

Es ist noch nicht ganz vier Jahre her, seitdem die letzten Kanonenschüsse eines Krieges verhallt sind, der an Ausmaß und Bestialität, an einer geradezu satanischen Systematik alles nur als Kinderpiel erscheinen läßt, was sich bier auf diesem Gebiet das Menschengeschlecht schon geleistet hat. Alle haben diesen Krieg miterlebt, Millionen haben ihn mit ihren eigenen Augen gesehen und Millionen haben ihn an ihrem eigenen Leib gespürt. Fragen wir uns in diesem Augenblick einmal: welche Spuren hat er in unserer Erinnerung zurückgelassen, wie hat er sich in unser intellektuelles und in unser moralisches Bewußtsein eingegraben; kurz: wie stehen wir, wir Zeitgenossen des größten aller Kriege nach noch nicht einem halben Jahrzehnt des Friedens, zum Krieg als solchen?

Mit Entsetzen gewahrt man: Es ist, als hätte sich dieses gauenhafte Schauspiel, in dem Tod und Jammer, Seuchen und Hunger jahrelang durch einen großen Teil der Welt raffen, gar nicht abgespielt, oder es läge weit zurück in legendären Zeiten. Mit einiger Mühe muß man sogar sich selbst das Erlebnis des Krieges in seiner ganzen Entsetzlichkeit wieder wachrufen.

Bocan mag das liegen? Das Gedächtnis der Menschen ist kurz und seine Vorstellungen sind beständig. Von den Völkern, den Zielgebieten, die den Krieg nur vom Hörensagen

kennen, wird heute wie früher, in großem Umfang die Diskussion über dies Problem bestritten und das Ergebnis, das sie nur als selbstgebildete Vorstellung kennen, geistig ausgewertet. Die moralische Auswertung fehlt bei uns erstaunlicherweise vollständig. Du sollst nicht töten, sollst nicht Deinem Nächsten Leids zufügen wollen: das sind Ausdrucksformen, an die sich keine scharfsinnige Vorstellung mehr knüpft. Um wieviel eindringlicher wäre es jetzt, zu sagen: Du sollst nicht darauf sinnen, Deinem Nächsten eine Kugel in den Kopf zu schießen, ihn durch Deine Kugel des Augenlichts zu berauben, ihn durch giftiges Gas zu erstickend.

Wer wagt heute noch zu sagen, daß der Krieg eine moralische Erhebung gewesen sei? Er mag es einmal gewesen sein, als er noch kein großer Mechanismus war, als er auf den Einzelnen noch weit mehr ankam, als heute. Viele, die sich in diesem Kriege nie recht bewähren konnten, wären vielleicht in den Vorkriegsjahren Soldaten gewesen. Was wissen denn die ganz in den, in ihren Anschauungen von den hellenischen Kriegen lebenden Professoren von dem wirklichen Krieg, den wir mit Maschinen, mit Chemikalien, mit allen „Ertragsmaschinen der Neuzeit“ austämpfen und in dem wir wie ein Stauborn in einem Ozean waten? „Geldern“, vor andern, — und vor uns, wurden wir immer erst wieder, wenn Marschkolonnen formiert wurden oder wenn es hieß: „Weggetreten!“

Es würde hier viel zu weit führen, in einzelnen zu zeigen, zu welcher Vorstellung der Krieg als reale, moralische und künstlerische Erscheinung durch die einseitigen geistigen Auswertung in das Bewußtsein unserer Zeitgenossen und noch viel mehr in das unserer Nachfahren kommt. Es gibt im Moralischen keine zwei Wege. Entweder man betrachtet den Krieg, das Töten, als ein verdammenswertes Übel oder man sieht darin Geldentum. Das hat mit Freigebit und Tapferkeit gar nichts zu tun. Wie soll nun damit gehalten werden? Krieg wird in seiner Wirkung letzten Endes immer ein Zurückfallen in barbarische Zustände sein, soweit der Einzelne in Betracht kommt. Ist es richtig, davon zu sprechen, daß es erquickend, erhebend wirkt, wenn sich im Krieg der Einzelne für die Gesamtheit einsetzt? Theoretisch mag auch das richtig sein; wo aber bleibt die Bestätigung? Sind wir, sind die Franzosen in irgendeinem Betracht besser geworden durch den Krieg? Haben wir Grund, auf irgendwas stolz zu sein, was uns der Krieg brachte? Haben die Franzosen, als Sieger, irgendeinen Grund?

Wie malt sich in den meisten Köpfen beispielsweise das Bild der Schlacht? Als ein mannhaftes Kämpfen. Ist die Schilderung, sieht die Bilder. Wo steht es, daß man tagelang in Höchern hockte und, wie ein Kalb auf den Wehger, wartete, obs nicht einem trifft? Wer weiß von dem und woher! Und das Schlachtfeld! Soweit Auge und Nase reichen, Leiden in entsetzlicher Verzerrung, stinkende Kadaver, Rot, Wandrinnen — ein ekelhaftes Bild! Dazu die furchtbare Frage: War es notwendig, daß Du diesen Mann in der Vollkraft seiner Jahre umbrachtest, der aus dem Urat kam und in seinen letzten Jahren schrieb, wie er sich freute, bald heim zu kommen, um sein Weib und seine Kinder wieder sehen zu können und für sie zu arbeiten?

Ist nicht Pflicht aller derer, die ihr Leben eingeseht haben und die über den Verdacht der Reue erhaben sind, ihre Stimme immer wieder zu erheben und das Bild des Krieges so zu zeichnen, wie es war und ist? Denen aber, die ihn nicht in seiner ganzen entsetzlichen Realität miterlebt haben, denen ziemt es, zu schweigen! Es wäre zu wünschen, daß auch bei uns mehr Menschen auf dem Standpunkt von Lloyd George ständen, der in einer Rede vor einigen Tagen sagte: „Ich würde, gerade wie Millionen andere, in den Krieg hineingezogen. Ich tat meine Pflicht, aber was ich vom Kriege sah, erfüllte mich mit Schrecken. Ich gelobte mir das, was mir an Energie verbleibt, dem Ziele zu widmen, daß der Menschheit eine Wiedergeburt des Friedens und des Schmerzes, der Sünden und der Qualen erspart bleibt. Eine neue Generation wächst heraus, welche die Kriegsschrecken nicht durchmachte und der vom „Nubim“ des Krieges erzählt wird. Man muß ihr gegenüber den Krieg seines Glanzes entkleiden und auf seine Abscheulichkeiten hinweisen. Man muß ihr erzählen, was auf einen Krieg folgt und was zu leicht vergessen wird.“

Literarische Neuerscheinungen.

Max Halbe: **Gesammelte Werke, Dritter Band: Zeit- und Heimatstücke.** (Verlag von Albert Langen München.) — Von der gut ausgestatteten Gesamtausgabe von Max Halbes Werken, die in absehbarer Zeit vollständig wird — Band 1, 2, 6 und 7 sind bereits früher erschienen — liegt nunmehr auch der dritte Band vor. Er enthält die Zeit- und Heimatstücke und damit einige der stärksten und erfolgreichsten von Halbes Dramen.

Sir Galahad: **Die Regelschnitte Gottes.** Roman. (Verlag Albert Langen, München.) — Zahllose Leser der Mulfordischen Bücher „Der Unflug des Sterbens“, „Der Unflug des

Lebens“, „Das Ende des Unflugs“, die Sir Galahad zum ersten Male so glänzend ins Deutsche übertragen und bearbeitet hat, haben sich an den ironisch-witigen Vorreden ergötzt. Auch sein geistvolles und kenntnisreiches Buch „Im Palast des Rinos“ ist weiten Kreisen höchst vorteilhaft bekannt geworden. Nun tritt Sir Galahad zum ersten Mal mit einem Roman „Die Regelschnitte Gottes“ vor die Öffentlichkeit. Er kontrastiert darin die Kultur des Westens mit der vieltausendjährigen Kultur des Ostens, als deren gründlicher Kenner er sich erweist, zieht Bezüge und summiert Urteile, die für die abendländische Kultur allerdings geradezu vernichtend sind. Da wir, trotz allen Fortschritten unserer Wissenschaft trotz der steilen Höhe unserer Technik, nur eine Scheinkultur hatten, haben die Kriegs- und Nachkriegszeit uns mit erschreckender Deutlichkeit gelehrt. Sir Galahad ist in seiner Kritik von unerhörter Offenheit und Schonungslosigkeit; für ihn gibt es keine Blume „Müß-mich-nicht-an“, Menschen und Werke aus der Perspektive des Ostens betrachtet, die kritische Sonde. Der Roman streift von beizender Satire, von gedankentiefen Ironien und von bitteren Wahrheiten. Wenn die Kritik des Verfassers auch einseitig und übertrieben ist, so trifft sie doch meistens den Kernpunkt dessen, was an unserer Kultur zu beklagen ist. Das Buch ist sicher eines der originellsten, das seit langem erschienen ist. Es liest sich jedoch nicht leicht, und gelegentlich führt eine gewisse Hintertreppentour.

Jakob Wassermann: **Oberlins drei Stufen.** (Der Wendekreis H. v. d. S. Fischer, Verlag, Berlin.) — Das Jakob Wassermann in den Problemen und Kämpfen auf der Grenzscheide zweier Weltalter, die Bewußtsein und Wesen der Gesellschaft und des Einzelnen bis zum Grunde durchwählen, mit leidenschaftlichem Anteil erpürt und erkennt, das legt er in seinem Romanwerk „Wendekreis“ nieder. Da er sich seinen Aufgaben als großer Künstler nähert, löst er sie trotz aller Modernität der anschauenden und bildenden Kräfte jenseits von Tendenz und Aktualität; seine Figuren bleiben frei, seine Novellen leben selbständig und voneinander unabhängig. Sie zeigen wieder jene eindringliche Sicherheit und Gleichmäßigkeit der Erfindung und des Vertrags, die den Meister kennzeichnen und den Leser hinreißt.

Vom Kaiser Huang-Hi. Märchen für erwachsene Kinder; von Fürstin Marie Thurn-Taxis-Hohenlohe. (Carl F. Christoph'scher Verlag (Christoph & Schulz), Berlin.) — Hugo von Hofmannsthal sagt über das schön ausgestattete Buch: „Dies ist ein lustiges kleines Märchen, es ist mit dem Feinlichen geschrieben und mit der Feder gemalt. Gemalt kann man nicht sagen, daß es geschrieben wurde, um illustriert zu werden, noch daß es illustriert wurde, nachdem es geschrieben war, sondern beides ist in einem entstanden, es wurde mit Augen und Ohren geträumt, bevor es gemalt oder geschrieben wurde, es ist ein geträumtes kleines Märchen, eine kleine Feerie, eine kleine Zauberperle, eine Chinofeerie, ein Puppentheater, eine wahre Phantasie, oder ein Destillat von Phantasien. Es ist hergestellt wie ein Parfüm aus hundert Blumen, vieles ist heimlich hineingemischt; die Sehnsucht des Erwachsenen nach den Farben und Düften der Kindertäume, eine Idee von China, abstrich altmodisch wie von Monsieur Perrault oder Madame Aulnoy — es ist eine raffinierte kleine Stickeri, in der die geübten Vögel mit den Flügeln schlagen, eine kleine Musik auf einer Oboe, eine kleine Cavalcade von Träumen über eine winzige Brücke aus Porzellan.“

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919. Mit Einleitung, Erläuterungen und Gesamtbeurteilungen. Von Dr. O t t m a r B ü h l e r, a. a. Professor der Rechte a. d. Universität Münster. („Aus Natur und Geisteswelt“, Bd. 762. Verlag W. G. Deubner, Leipzig.) — Die jetzige Reichsverfassung steht in ganz anderem Maß im Mittelpunkt unseres Staatslebens, und sie muß daher sehr viel mehr als die alte es war, Gemeingut des Volkes werden. Die Einführung in Verständnis und Bedeutung der neuen Reichsverfassung geschieht in Form eines freien Kommentars unter Wiedergabe des vollständigen Wortlauts. Es werden die Wirkungen der einzelnen Bestimmungen im politischen Leben aufgezeigt und Hinweise für ihre Bedeutung in der Praxis gegeben, wobei sachliche Kritik an ihrem Werte geübt wird. Zum Vergleich ist ein kurzer Überblick über die deutsche Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert und die Reichsverfassung von 1871 vorangestellt.

Die deutsche Verfassung im Wandel der Zeiten. Von Prof. Dr. Adolf Hedler. (Verlag Friedr. Andr. Perthes A.-G., Gotha.) — Der gelehrte Verfasser, der sich seit Jahrzehnten erfolgreich mit der Frage staatsbürgerlicher Erziehung beschäftigt, seit mehr als zehn Jahren an verschiedenen Schulungen in Bürgerkunde unterrichtet und schon während des Krieges auch Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule über

diesen Gegenstand geleitet hat, gibt hier auf Grund seiner reichen Erfahrung eine überaus geschickte Einführung in die Verfassungskunde gleichzeitig auf staatsrechtlichem und geschichtlichem Wege.

Das Leben nach dem Tode im Glauben der Menschheit! Von D. Dr. Carl Elemen, Professor an der Universität Bonn. („Aus Natur und Geisteswelt“, 544. Bändchen.) Allen denkenden, forschenden und ringenden Menschen kann das Bändchen Führer und Berater sein. In seinem kritischen Schlußabschnitt nimmt der Verfasser selbst zu diesen Fragen in einem positiven, dem Materialismus entgegengekehrten Sinne Stellung.

Entwicklungszüge in der zeitgenössischen Musik von Dr. Hermann Erpf (Wissen und Werten Bd. 1). 1922. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B. Preis 30 M.

Das Musikschaffen der Gegenwart ist gebremst durch den Mangel genügender Berührung mit den Bedürfnissen der Musikausübenden und -Genießenden. Fast völlig losgelöst vom großen Musikgetriebe, wird es immer mehr zu einer Sonderangelegenheit der Fachleute, statt Ausdruck und Wille der gesamten musikalischen Volkstulur zu sein. Nur auf dieser Grundlage kann sich das künstlerische Schaffen frei entfalten und unser Musikleben aus der Zersplitterung der Gegenwart herausführen.

Das Bewußtsein der Beteiligten hierfür zu wecken und auf heute erkennbare Grundzüge einer möglichen Entwicklung in diesem Sinn hinzuweisen, ist die Absicht des vorliegenden Bändchens.

Angewandte Geschmackskunde. Von Regierungsrat Professor Dr. Paul Klopfer. (Hilfsbücher für Volkshochschulen Heft 8. Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha.) — Eine in sich selbständige hochwillkommene Ergänzung bildet dieses Buch zu dem von demselben Verfasser als 4. Heft der gleichen Sammlung erschienenen „Geschmackskunde“, deren Gegenstand es gleichsam vertiefend zu Ende führt. War dort zu untersuchen: was ist (Kunst, Natur, Zweck) schön? so lautet hier die Kernfrage: Was haben wir an unserer Umgebung zu beobachten, damit wir daran eine geschmackliche (ästhetische) Freude erleben. Nachdem diese tiefgründig und erschöpfend, doch klar und leicht verständlich beantwortet ist, gibt der Verfasser eine große Zahl praktischer Anwendungen aus Natur, Stadt und Dorf, Haus und Garten, Zimmer, Kunstgewerbe und Kunst.

Ernährung und Nahrungsmittel. Von Prof. Dr. Bischoff, mit 4 Figuren. (Sammlung Göschen Nr. 464. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger Walter de Gruyter & Co. Berlin W. 10.) — In dem seit längerer Zeit vergangenen Bändchen wird ein anschauliches Bild entworfen, welche Schäden dem deutschen Volk während des Krieges infolge der rückwärtsigen Blockade entstanden sind. Je mehr die Kenntnisse über die Gesetze der Ernährung Allgemeingut des Volkes werden, um so eher ist zu erhoffen, daß die Kriegsschäden überunden werden und das deutsche Volk zu alter Kraft und Leistungsfähigkeit erstarbt. Die neu herausgebrachte Schrift ist infolge ihrer allgemein fasslichen Darstellung berufen, als Ratgeber der Volksernährung für jeden zu dienen.

Staatsanzeiger.

Vandrarbeiten 1922.
Verordnung über Gewährung von Beihilfedarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues.

(Zentralblatt für das Deutsche Reich 1922 S. 453.)
Die zur Ausführung des Gesetzes vom 12. Februar 1921 (Reichsgesetzblatt S. 175) erlassene Bekanntmachung der Reichsregierung vom 19. Februar 1921, 18. März 1922 (Zentralblatt für das Deutsche Reich 1921 S. 180, 1922 S. 277) wird mit Zustimmung des Reichsrats wie folgt geändert:
In Abschnitt II Nr. 6 Abs. 2 ist zu setzen statt „Fünftache: „Zehnfache“.
Berlin, den 29. Juli 1922.

Verordnung über die Reichsarbeitsministerien.
In Vertretung: gez. Dr. Geis.

Ausführungsbestimmungen des Bad. Arbeitsministeriums.
In die Ausführungsbestimmungen des Bad. Arbeitsministeriums vom 1. Juni 1922 (Karlsruher Zeitung — Staatsanzeiger — Nr. 137 vom 16. Juni 1922) wird als Nr. 17 a eingefügt:

17 a. Für Wandarbeiten, bei denen mit den Maurerarbeiten erst nach dem 31. Juli 1922 begonnen wird, können die Einheitsätze bis auf das Doppelte der in Nr. 17 genannten Beträge erhöht werden. Die Bestimmungen in Abs. 3-6 der Nr. 17 gelten sinngemäß.
Karlsruhe, den 14. August 1922.
Badisches Arbeitsministerium.
Dr. Engler.

Einige tüchtige
Heizungsmonteur
finden sofort Stelle. Angebote an
Installations-Zentrale Oberbaden G. m. b. H.
Lörrach.

Steuerbücher
und
Lagerbücher
für Luxussteuer
Preis in Umschlag gebestet je 30 M.
Ergänzt bei
G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe
Karlsriedrichstraße 14.

Ich habe mich in Karlsruhe als
Rechtsanwalt
beim Amts- und Landgericht Karlsruhe niedergelassen. Mein Büro befindet sich
Akademiestraße 43 (Telephon 5480)
Rechtsanwalt Dr. iur. Karl Waerther

Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, 13 Werderstraße 13
Rasiermesserhohlschleiferi. R. 565

Kündigung von Schuldverschreibungen.
Aufgrund der am 4. Juli 1922 erfolgten notariellen Verlosung werden folgende Schuldverschreibungen des Stadt. Anlehens vom Jahre 1885 auf 1. Oktober d. Jz. zur Heimzahlung gefündigt:
Buchstabe A Nr. 32 über 1000 fl.
" B Nr. 4, 29 und 22 über 500 fl.
" D Nr. 32 über 100 fl.
Mosbach, (Baden), 10. August 1922.
Gemeinderat:
Renz.

Monier-Eisen
5-9 mm o in jeder Länge mit Lieferwerksbescheinigung liefert
„Fago“ G. m. b. H.
Jeserloh 66.

Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Sußl (Thür.).

Zum Einkauf von
Weinen und Most
empfiehlt sich
V. Weinmann
Weinkommission u. Weinbau
Edesheim
(Amt Edenkoben), Tel. 41

D. 658. Baden. Das Konturverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Ludwig Bender** in Doss wurde auf Grund rechtskräftigen Zwangsvergleichs aufgehoben.
Baden, 9. Aug. 1922.
Der Gerichtsschreiber des **Bad. Amtsgerichts.**

Konturverfahren.
O. 670. Freiburg. Im Konturverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **W. H. H. H. H.** in Freiburg, findet Schlussverteilung statt. Zur Verfügung stehen M. 15537,04, wovon die Vorrechtsforderungen § 61 Ziffer 1 R.O. ganz und jene § 61 Ziffer

Aufgebot.
O. 655. 21 Eppingen. Der Ludwig Meiser, Kontur- und Zwangsverwalter in Stuttgart, Rechenstraße 48, hat als Nachlasspfleger für den Nachlass und die Erben des Geschäftsteilhabers **August Koch** von Stuttgart, beantragt, den verschollenen **Wilhelm Karl Koch** aus Schluchtern, zuletzt wohnhaft in Basel, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Mittwoch, den 18. April 1922, vormittags 9 Uhr**, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Eppingen, 8. Aug. 1922.
Bad. Amtsgericht.

Stellen-Gesuch.
Ein in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung, Rechnungs- und Grundbuchwesen, sowie in der Führung der Stabsbücher auf bewandertes
Ratsherrengehilfe
19 Jahre alt, sucht sich baldmöglichst zu verändern. Gute Zeugnisse stehen zur Verfügung. Offerten unter A. 472 an die Exped. der „Karlsruher Zeitung“ erbeten. 3.2.1

Gütertarif Basel Bad. Pf.-Basel
S. 3. 3.
Auf 1. September 1922 wird der Tarif für die Basler Verbindungsbahn neu ausgegeben. Preis 30 Rappen. O. 662
Karlsruhe, 8. Aug. 1922.
Reichsbahndirektion.